

Neustart : Schule - Wünsche 2006

- Hoffnungen 2010

- Visionen 2020

Fünf Vereine bzw. Verbände aus dem Bildungsbereich, denen allen gemein die Ausbildung und Entwicklung unserer Kinder sowie Weiterentwicklung des Bildungssystems ein Anliegen ist, wollten ihre, durch die Praxis definierten Fragen an alle kandidierenden Parteien stellen. Anwesende PolitikerInnen waren:

ÖVP	NRAbg. Dr. Gertrude Brinek,
Wissenschaftssprecherin	
SPÖ	NRAbg. Maga. Andrea Kuntzl, Familiensprecherin
GRÜNE	NRAbg. Dieter Brosz, Bildungssprecher
BZÖ	Günter Barnet, Klubdirektor BZÖ
KPÖ	Franz Schäfer, IT-Sprecher und Mtgl. Bundesvorstand

Nach dem Pressegespräch geben die VertreterInnen folgende Konklusion:

Igor Mitschka (Coole Schule, Organisator der Kinderkongresse mit 600 TeilnehmerInnen):

„Unsere zentrale Forderung an die nächste Bundesregierung ist, dass Schule demokratischer wird, d.h. dass wir SchülerInnen mehr Mitbestimmungsrechte bekommen. Immerhin sind wir ja jene, die täglich in die Schule gehen und davon am meisten betroffen sind. SPÖ und Grüne unterstützen, wie auch in der Vergangenheit unsere Anliegen, die Regierungsparteien signalisierten Bedenken bzw. Ablehnung.“

Eva Becker (Vorsitzende EFFE Österreich, Vizepräsidentin EFFE International)

„Als Vertreterin der Schulen in freier Trägerschaft in Österreich begrüße ich die Bereitschaft von SPÖ und Grünen, sich für eine gerechte Finanzierung unserer Schulen einzusetzen. Auch das BZÖ und die KPÖ sehen hier Handlungsbedarf. Lediglich die ÖVP kann sich nur „eventuell“ eine vertragliche Verbesserung vorstellen!“

Kurt Nekula (Obmann „Österreichischer Verband der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen“)

„Wir fordern ausreichend Ressourcen für kleinere Klassen, Kleingruppenunterricht und individuelle Förderung, Ausbau von vorschulischen und ganztägigen Angeboten mit österreichweit gleichen Qualitätskriterien und sozial gestaffelten Elternbeiträgen für die Verpflegung. Qualitätsentwicklung von Unterricht und Schulbetrieb ist genauso erforderlich wie ein Personalentwicklungskonzept mit offensiver Fortbildung für Themen wie Individualisierung des Unterrichts, Förderpädagogik und Qualitätsmanagement.“

Sabine Hofmann (Vorstand Integration Wien):

„Bis auf die ÖVP sagen alle ja zur Ressourcenaufstockung bei Integration und Ausweitung des Rechts auf integrative Beschulung in der Sekundarstufe II (also ab dem 15. Lebensjahr).“

Josef Reichmayr formuliert namens der „schulplattform österreich“ den Wunsch nach viel weiter gehender Autonomie der Schulen (auch in Personalangelegenheiten) – was allerdings nicht bedeuten darf, dass die jeweiligen DirektorInnen eine Allmachtspitze bekommen. Prinzipiell für mehr Autonomie sprechen sich Brosz (Grüne) und Kuntzl (SPÖ) aus, sind aber skeptisch angesichts der Bildungspolitik der letzten Jahre (Autonomie als Selbstverwaltung

der Einsparungen). Brosz betont hierbei den engen Zusammenhang zwischen Autonomie und Demokratie an den Schulen.

Brinek (ÖVP) beklagt die mangelnde Resonanz an den Schulen, von seiten der LehrerInnen auf die Debatte zur Personalautonomie, wie sie im Sommer von BM Gehrler angestoßen wurde.

In einem 10-Punkte-Schulreform-Programm formuliert der PISA-Experte Günter Haider Eckpunkte einer notwendigen Bildungsoffensive. Ein elementarer Eckpunkt: „Mehr Förderung und bessere Chancen für Kinder aus einfacheren, bildungsferneren Familien und nicht-deutscher Muttersprache; erste Schultypenentscheidung nach der Mittleren Reife (mit 14).“

Josef Reichmayr ergänzend: Sparen wir uns doch den Aufwand für unzählige Nahtstellen-Konzepte, indem eine der SOZIAL einschneidendsten Nahtstellen – die nach der Volksschule, wenn die Kinder gerade mal 10 bzw. 11 Jahre alt sind – durch ein schulisches Kontinuum überflüssig wird.

Brinek (ÖVP) und Barnet (BZÖ) schließen eine gemeinsame Schule bis 15 nicht aus (Anmerkung: Immerhin leben in Österreich konfessionelle Schulen dieses Privileg ebenso wie englische oder französische internationale Schulen oder auch freie Schulen – letztere allerdings mit hohen Elternbeiträgen, da staatlich nicht subventioniert). ÖVP und BZÖ plädieren aber für die freie Wahl der Eltern zwischen verschiedenen Modellen. Dagegen melden Kuntzl (SPÖ) und Brosz (Grüne) massive Bedenken an: Was nützt es, wenn z.B. Hauptschulen im städtischen Bereich das Taferl Gesamtschule bekommen, aber sonst bleibt alles beim Alten.

Im Sinne ihrer Bildungsprogramme treten SPÖ, Grüne und KPÖ für eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit ein.

Gretchenfrage: Wurde die 2/3-Mehrheit für Schulgesetze nun erfolgreich abgeschafft oder ist die neue Verfassungsklausel (differenzierte Angebote auf der Sekundarstufe I) eine mögliche Fußangel im Falle neuer Regierungskonstellationen. Kuntzl (SPÖ) sieht das graduell optimistischer als Brosz (Grüne).

Kurz: Es bleibt noch viel zu tun! Auch und gerade nach dem 1. Oktober 2006.

Die 5 überparteilichen Initiativen, die zu dem Vorwahl-Gespräch geladen haben, geben keine Wahlempfehlung ab. Wir fordern aber alle WählerInnen auf, ihre Stimme AUCH nach dem Stellenwert und den Konzepten der Parteien für Schule und Bildung abzugeben! Die bisherigen Regierungsparteien sind strukturellen Reformen und einer umfassenden Bildungsoffensive leider ausgewichen.

Die 5 überparteilichen Initiativen von Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen, die sich unter dem Motto "NEUSTART: SCHULE" gefunden haben, werden auch nach dem 1. Oktober ihre Stimme für Demokratie an den Schulen, für mehr Ressourcen und qualitätsvolle Angebote, für Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft und eine freie Bildungswahl, für eine inklusive Pädagogik und dazu passende Strukturen erheben und wollen diese Anliegen in der nächsten Regierungserklärung verankert wissen.

Rückfragehinweis:

Momo Kreutz -0699-100 57 230

www.coolschule.at

www.effe.at

www.schulplattform.at

www.integrationwien.at

www.elternverein.at

